# Beschlussbuch zur Vollversammlung der Jusos Dresden am 05. April 2014

## Ausländerrat Dresden e.V. – Heinrich-Zille-Str. 6 – 01219 Dresden

**Inhaltsverzeichnis:** **Seite:**


| | | |
|---|---|---|
| A1 | Platz für Vielfalt. Platz für Zukunft – Jugendwahlprogramm der Jusos Dresden | 2 |
| A2 | Nachhaltiges Bewusstsein schaffen: Für die Nutzung von Recyclingpapier! | 14 |
| A3 | Gründung einer sächsischen Arbeitskammer | 16 |
| A4 | Mit Krieg spielt man nicht! - Militär raus aus den Schulen | 18 |
| A5 | Der Mindestlohn darf kein Schweizer Käse werden! | 19 |
| A6 | Feminismus ist kein Feigenblatt: Geschlechterplena auf Landesverbandsveranstaltungen! | 20 |
| A7 | Europäische Energieunion – für eine europäische Solidargemeinschaft der Energiesicherheit | 22 |
| A8 | Befangenheit ernst nehmen, Gemeindeordnung umsetzen | 25 |
| A9 | Eislöwen Dresden vor der Insolvenz bewahren, Eishockey-Standort Dresden erhalten | 27 |


Hinweis: Als beschlossen gilt jeweils nur der reine Antragstext, nicht die Begründung.

A1

AntragsstellerIn: Juso-Unterbezirksvorstand

# Platz für Vielfalt. Platz für Zukunft – Jugendwahlprogramm der Jusos Dresden

## Präambel

Dresden hat am 25. Mai die Chance, die Weichen neuzustellen. Hin zu einer sozialeren, nachhaltigeren und bunteren Politik mit anderen Mehrheiten im Stadtrat. Jeder Mensch soll in Dresden die Chance haben, seine Wünsche und Vorstellungen in die Gesellschaft einzubringen. Dresden ist eine Stadt, die wie kaum eine andere große Entwicklungspotenziale hat. Leider werden diese bisher nur zum Teil genutzt, weil Provinzialität, Vorurteile und der fehlende Wille für neue Ideen an vielen Stellen noch anzutreffen sind.

Im Gegensatz zu vielen anderen Regionen Sachsens kann sich Dresden nicht über zu wenig junge Menschen beklagen. Fast 50.000 Studierende, ein stetiger Zuzug und Rekordgeburtenzahlen könnten der Stadt durchaus ein junges Gesicht verleihen. Um dies aber wirklich in die Öffentlichkeit zu tragen, müssen wir jungen Menschen mehr Raum geben, ihre Meinung ernstnehmen und sie auch in Entscheidungen wirklich einbeziehen. Zugleich darf Dresden seine Vorteile nicht leichtfertig verspielen: Steigende Mieten, fehlende Schul- und Kitaplätze und die leider immer noch allgegenwärtige Nazi-Präsenz sind Probleme, die nicht kleingeredet, sondern endlich angegangen werden müssen.

Daher werden wir Jusos unsere Vorstellungen vor, aber besonders nach der Wahl weiter in die SPD und die Gesellschaft hineintragen. Wir werden dafür kämpfen, dass junge Menschen und ihre Themen im Dresdner Stadtrat vertreten werden. Grundlage dafür sind unsere kommunalpolitischen Positionen, die wir hier in unserem Programm „Platz für Vielfalt. Platz für Zukunft“ zusammengefasst haben.

## Dresden, mach Platz! - Für Jugendkultur, Freizeitsport und frische Ideen

Dresden ist eine junge und jugendliche Stadt, was sie geschickt hinter ihren Barockbauten und vor ihren Touristenschwärmen zu verbergen weiß. Wir wollen jedoch ein Dresden, das dieses jugendliche Gesicht zeigt, ein Dresden, das pulsiert, vor Vielfalt strotzt und sich offen für Neues zeigt.
Wir wollen, dass Dresden Trends nicht länger hinterherrennt, sondern ganz im Gegenteil sein jugendliches Potential entdeckt und selbst ein Zentrum für Kreativität und neue Ideen wird.

### Jugendpolitik ernst nehmen!

Während die bisherige alt-konservativ geprägte Politik den Bereich Jugend in ihrer Haushaltsplanung offensichtlich als ein Kürzungspotential bietendes ‚nice-to-have‘ wahrgenommen hat, setzen wir uns für eine angemessene und sichere Finanzierung

von Jugendzentren und Jugendsozialarbeit ein. Die Streichung von Stellen im Streetwork-Bereich, wie auch die Kürzung der Jugendpauschale setzen ein deutliches Zeichen, für den Stellenwert, den die Jugend in Dresden genießt. Für uns ist es nicht begreiflich, weshalb jedes Ticket in der Semperoper mit 116,25 Euro bezuschusst wird, während für eine breite, abwechslungsreiche Gestaltung von Jugendfreizeitangeboten kein Geld da sein soll.

## Kreativität Raum geben

Ob Ateliers, Graffitiwände oder Proberäume, ob Künstler oder Musiker – ohne die nötigen Freiräume gibt es keine künstlerische Entfaltung. Diese Räume fordern wir ein und wir wissen, dass sie vorhanden sind. Jeder, der sich in Dresden umsieht, weiß das. Stadt wie Land müssen unkomplizierte Möglichkeiten zur Verwirklichung gemeinsamer Ideen und Projekte bieten, das heißt die Belebung verwaister Flächen ermöglichen, bestehende Freiräume erhalten, weitere Kulturräume bereitstellen sowie Förderrichtlinien vereinfachen und offener strukturieren. Die Unterstützung von innovativen, nicht kommerziellen Kulturangeboten im öffentlichen Raum steht für uns im Mittelpunkt einer jungen, attraktiven und wachsenden Stadt.

## Legale Open-Airs auch bei uns

Wir fordern, dass sich Dresden in Bezug auf Partys im öffentlichen Raum ein Vorbild an Halle nimmt. Für Spontanpartys werden dort geeignete Flächen ohne großem Verwaltungsaufwand bereitgestellt. Open-Airs, die bisher illegal sind, können also sehr einfach spontan an verschiedenen Plätzen angemeldet werden und dabei mit einem Minimum an Regeln (Lärmobergrenze, Müllbeseitigung, keine Nutzung zu kommerziellen Zwecken) auskommen. Dazu müsste sich nur unsere Stadt durchringen.

## Sehr entspannende Erholungsräume

Auch junge Menschen sehnen sich nach gemütlichen Spots, um bei strahlendem Sonnenschein ihre Zeit im Freien verbringen zu können. So ist für uns der Ausbau des Alaunparks auf das Gelände des ehemaligen ‚Russensportplatzes' selbstverständlich. Da es Dresden schon an Seen und Badeanlagen mangelt, sollten wenigstens die Parks und Grünflächen ausreichende Rückzugsräume darstellen - dabei sehen wir insgesamt noch Ausbaubedarf.

## Sport machen – und wo?

Dass Sport gesund ist, lernt jedes Kind. Dementsprechend stellt Dresden etwa 400 Sportanlagen und -Hallen bereit. Diese dichte Sportstätteninfrastruktur schränkt sich aber leider selbst ein. So sind beispielsweise die zu Schulen gehörenden Sportanlagen außerhalb regulärer Schulzeiten verschlossen. Für den Freizeitsport werden andernorts extra neue Sportstätten eingerichtet. Anstelle dieser kostenintensiven Doppelstruktur, fordern wir die Öffnung der schulischen Außenanlagen für die öffentliche Nutzung an Wochenenden, Feiertagen, in den Ferien und generell nach Schulschluss. Bolzplätze, Tischtennisplatten und Tartanbahnen werden nicht zweimal nebeneinander gebraucht, damit die Hälfte eingezäunt und abgeschlossen werden kann. Stattdessen sollten diese Mittel für die Verbesserung bestehender und für den Ausbau neuer

Anlagen, die sich normalerweise nicht auf dem Schulgelände finden, aufgewandt werden.
Beim Aus- und Neubau von individuell zu gestaltenden Sportanlagen, wie z.B. BMX- und Skateparks, ist eine intensive Beteiligung der späteren Nutzer anzustreben, um den jeweiligen Ansprüchen möglichst gerecht zu werden. Die Einrichtung neuer Sportstätten kann auf diesem Weg den verantwortlichen Umgang mit den Anlagen fördern, ein soziales Erlebnis schaffen, Konstruktionsfehler aus Unkenntnis vermeiden und die Stadt entlasten.
Als drängendstes Problem sehen wir die überbeanspruchten Schwimmhallen an. Hier läuft der Bedarf dem Angebot weit voraus. In Zukunft muss Dresden, gerade auch zur Sicherstellung des Schulschwimmens, wieder angemessene Schwimmbäder bereitstellen und darf sich nicht die Kapazitäten der wenigen vorhandenen Hallen schönrechnen. Insbesondere im Dresdner Norden muss daher zeitnah eine neue Schwimmhalle errichtet werden.

### Vereine und Nachwuchs stärken

Wie jede Großstadt darf sich auch Dresden eines unheimlich breiten Spektrums verschiedenster Sportangebote erfreuen. Wir haben eine breite Auswahl verschiedenster Sportarten. In einigen Sportarten spielen Dresdner Mannschaften auch überregional an der Spitze mit. Dieser Erfolg und das breite Angebot lassen sich nur durch die Vereine erhalten. Um diese zu stärken, möchten wir ein jährliches Sportfest zur Präsentation der Vereine und ihrer Sportarten etablieren. Der Sportkomplex Ostragehege sollte dafür genügend Raum bieten.
Weiterhin setzen wir uns für kostenlose pädagogische Schulungen ein, welche sich an ehrenamtlich im Nachwuchssport Tätige richten und die interkulturellen, integrativen und demokratiestärkenden Komponenten des Vereinssports fördern sollen.

## Schulen: Platz für eine moderne Bildungslandschaft

### Schulkapazitäten schaffen, Sanierungsstau auflösen!

Seit einiger Zeit bestimmen in Dresden nicht mehr Schulschließungen, sondern die Kapazitätsprobleme und (Wieder-)eröffnung von Schulen die öffentliche Debatte. Diese Entwicklung ist grundsätzlich positiv, doch wollen wir darauf drängen, dass bei der Schaffung neuer Kapazitäten nicht nur die Quantität gewährleistet wird, sondern auch qualitative Standards gewährleistet werden. Unpersönliche „Schulfabriken“ lehnen wir ab.
Die Tatsache, dass die Prognosen für die SchülerInnenzahlen in Dresden nur auf der Basis der Geburten getroffen werden, der fortwährende Zuzug aber ignoriert wird, hat zu der Anzahl an Schulschließungen der Vergangenheit beigetragen und muss geändert werden.
Falls in Zukunft die Zahl der Schülerinnen und Schüler dennoch wieder sinken sollte, sollten die frei werdenden Raumressourcen zur Herabsetzung des Klassenteilers genutzt werden.
Ein weiteres drängendes Problem an Dresdens Schulen ist der immer noch bestehende Sanierungsstau, der teilweise den ordnungsgemäßen Ablauf des Unterrichts behindert. Zum einen muss dieser Rückstand weiterhin systematisch abgebaut werden, zum anderen sollten auch kleinere Einzelmaßnahmen, wie z.B. die Verbesserung der

teilweise inakzeptablen Sanitäranlagen ins Auge gefasst werden. Bei den Sanierungen ist natürlich auf einen sinnvollen und zielführenden Mitteleinsatz und die wirkliche Schaffung von Barrierefreiheit zu achten.

### Inklusion verwirklichen

Bereits 2009 hat die Bundesrepublik die UN-Behindertenrechtskonvention unterzeichnet. Die Umsetzung lässt allerdings in Sachsen und auch in der Stadt Dresden bisher zu wünschen übrig.
Die Jusos Dresden wollen das Konzept Inklusion an Dresdens Schulen endlich vollständig umsetzen und so für eine Gleichberechtigung aller SchülerInnen in unserer Stadt sorgen. Dafür müssen natürlich die räumlichen und personellen Voraussetzungen geschaffen werden, doch dürfen die immer noch bestehenden Kapazitätsprobleme an den Schulen Dresdens keine Ausrede darstellen.
Zu dieser Umsetzung gehören neben der Verkleinerung des Personalschlüssels auch die Einführung und Wiedereinführung von inklusiven Gemeinschaftsschulen in welchen die Umsetzung des längeren gemeinsamen Lernens bis zur 10. Klasse verankert ist. Für diese Maßnahmen wird sich die Stadt Dresden auf Landesebene einsetzen.
Inklusiver Unterricht ist gekennzeichnet durch eine individuelle Forderung und Förderung der SchülerInnen in pädagogischer, persönlicher und fachlicher Hinsicht. Dies ist umzusetzen durch eine offenere Unterrichtsform und vor allem durch den Einsatz von FörderlehrerInnen, ErzieherInnen und SchulsozialarbeiterInnen.
Letztere müssen künftig in jeder Schule in Dresden vertreten sein. Sie sind eine wichtige Unterstützung bei Problemen und Hilfe für die Eltern.

## Platz für Flüchtlinge: Asyl ist und bleibt ein Menschenrecht!

Für uns als Jusos Dresden ist es klar, dass Menschen, die in Deutschland Schutz vor Bürgerkrieg und Verfolgung suchen, nicht wie Menschen zweiter Klasse und schon gar nicht als „Kostenfaktor“ behandelt werden dürfen. Menschenunwürdige Zwangsmaßnahmen und Behördenwillkür lehnen wir entschieden ab. Wir wollen eine Stadt, in der Menschen, die zu uns kommen willkommen geheißen werden und in der sie frei und selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

### Für ein Recht auf Wohnraum

Wir fordern, dass die Stadt ein Konzept erstellt, wie in Zukunft Asylsuchenden in Dresden generell die Möglichkeit gegeben werden kann, in eigene Wohnungen zu ziehen, so dass die vorhandenen Heime nur noch als Übergangslösung genutzt werden.
Eine Unterbringung in eigenem, privatem Wohnraum muss endlich die Regel werden, nicht die Ausnahme!
Unabhängig von der Wohnform muss wohnortnahe soziale Infrastruktur, etwa Sozialarbeiter, bedarfsgerecht angeboten werden

In Dresden werden Asylsuchende in den allermeisten Fällen in Heimen untergebracht, oft gekennzeichnet durch kaum vorhandene Privatsphäre, wenigen Beschäftigungsmöglichkeiten und schlechte Wohnbedingungen. Vor kurzem hat die

Stadt Dresden begonnen, Geflüchtete in Wohnungen unterzubringen. Leider ist diese neue Entwicklung keinem Meinungsumschwung in der Stadtverwaltung geschuldet, sondern nur aus der Not heraus geboren, weil die Stadt gar nicht genug Kapazitäten in ihren Heimen vorhält, um alle Asylsuchenden unterzubringen, die ihr vom Land Sachsen zugewiesen werden. Wir wollen dafür sorgen, dass sich die Stadt hier endlich bewegt.

## Bewegungsfreiheit herstellen

Seit dem Jahr 2011 können sich „geduldete“ Ausländer frei im Land Sachsen bewegen, ohne sich eine Erlaubnis der zuständigen Ausländerbehörde holen zu müssen. Wir wollen, dass sich die Stadt Dresden dafür einsetzt, dass sich in Zukunft auch Asylsuchende im laufenden Asylverfahren frei im gesamten Freistaat bewegen können. Wir streben die komplette Abschaffung der Residenzpflicht an.

## Selbstbestimmte Gesundheitsversorgung

Wir wollen die Einführung einer Krankenkassen-Chipkarte für Asylsuchende in Dresden, so wie es bereits in anderen Deutschen Städten wie Bremen erfolgreich praktiziert wird. So können die Asylsuchenden selbst bei einem Arzt vorsprechen ohne den Umweg über das Amt zu nehmen.

Hintergrund ist, dass Asylsuchende nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nur dann medizinische Versorgung erhalten, wenn dies zur Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzen nötig oder zur Sicherung der Gesundheit unerlässlich ist. Alle Krankheiten, die einen chronischen Verlauf entwickeln, fallen zum Beispiel nicht darunter. An diesem Gesetz lässt sich hier vor Ort erst mal nichts ändern, wohl aber an der konkreten Umsetzung. Wenn Asylsuchende einen Arzttermin haben wollen, müssen sie einen Behandlungsschein bei nichtmedizinischem Personal des Sozialamts beantragen. Das kann nicht nur zur gesundheitlichen Gefährdung von Menschen führen, diese Menschen werden auch zu Bittstellern gemacht in einem für ein menschenwürdiges Leben zentralen Bereich. Hinzu kommen zusätzliche Kosten dieses Modells für Sozialkassen und Ärzte.

## Unterstützende Verwaltung

Wir Jusos fordern, dass alle für Asylsuchende relevanten Dokumente der Stadtverwaltung neben Deutsch zumindest in den Sprachen Englisch, Französisch, Arabisch, Spanisch und Russisch zur Verfügung stehen, außerdem soll nach Möglichkeit ein Dolmetscher zur Verfügung gestellt werden. Im Rahmen von Mitarbeiterschulungen muss besonders auf die zusätzliche soziale und kulturelle Kompetenz geachtet werden, die in dem Bereich nötig ist. Weiterhin fordern wir die Einführung einer Ombudsstelle im Sozialamt, an die sich Asylsuchende wenden können, die sich (wiederholt) willkürlich behandelt fühlen.

Wir wollen eine Stadtverwaltung, die allen Menschen in Dresden die selbe Wertschätzung entgegenbringt. Gerade die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialamtes, die in der Regel für die Angelegenheiten von Asylsuchenden zuständig sind müssen in besonderer Weise auf die Bedürfnisse von Geflüchteten eingehen und

diese beim Umgang mit dem „Behördendschungel“ unterstützen. Wenn es stattdessen zu Willkürentscheidungen kommt oder sich menschenfeindliche Einstellungen äußern, muss dies konsequent angegangen werden. So etwas darf, gerade in so einem sensiblen Bereich, keinen Platz haben.

### Initiativen in Dresden unterstützen, Angebote schaffen

In Dresden gibt es einige Initiativen und Gruppen, die Asylsuchende unterstützen und ihre konkreten Lebensumstände verbessern wollen, die sozialen Kontakt oder Sprachkurse anbieten. Wir fordern, dass die Stadt auf diese Initiativen zu geht und sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten in ihren Anliegen unterstützt. Gerade im Bereich der Sprachkurse muss die Stadt mit eigenen Angeboten eine bedarfsgerechte Versorgung herstellen.

## Kein Platz für Nazis auch in Dresden!

### Neonazistische Gewalt konsequent dokumentieren, Initiativen gegen Rechts fördern!

Dresden ist für die meisten Menschen eine lebenswerte Stadt, wie eine Studie unlängst zeigte. Viele wohnen, arbeiten und leben gern hier.
Jedoch ist das längst nicht für alle Menschen so. Hier gibt es viele Übergriffe von Nazis auf Menschen, die nicht in dieses Weltbild passen, am helllichten Tag, in der Nacht, in Straßenbahnen, auf der Straße, in Parks und an anderen Orten.
Allein im letzten Jahr ist die Zahl rechter Übergriffe lt. Opferberatung des RAA Sachsen [Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Sachsen e.V.] in Dresden auf 33 gemeldete Angriffe gestiegen, damit steht Dresden im sachsenweiten Vergleich hinter Leipzig auf dem zweiten Platz. Nach 23 Angriffen im Vorjahr bedeutet das eine Steigerung um etwa 43%. Diese Zustände sind für uns unhaltbar. Deswegen setzen wir uns tagtäglich gegen diese zur Wehr, in dem wir entschlossen gegen rechte Strukturen in unserem Stadtbild vorgehen, sei es im alltäglichen Leben oder auf Demonstrationen.
Wir Jusos fordern ein kommunales Register, in dem neonazistische und andere menschenfeindliche Straftaten dokumentiert und eine Förderung für Vereine und Initiativen, die sich gegen rechtes Gedankengut einsetzen.

### Überprüfung der Ausgaben für Nazi-Sicherheitsleute

Dennoch sind Nazis immer noch sichtbar, nicht zuletzt bei Veranstaltungen, z.B in Fußballstadien. Ein Fokus liegt in Dresden dabei oft auf dem Verein SG Dynamo Dresden, einem Teil seiner Fans, der in der Vergangenheit negativ aufgefallen ist, und dem dortigen Stadion-Sicherheitsdienst.
Dort arbeiten auch MitarbeiterInnen, die eindeutig der rechten Szene zuzuordnen und welche auch schon polizeilich aufgefallen sind, z.B. bei rassistischen Übergriffen in der Dresdner Neustadt nach dem EM-Halbfinalspiel Deutschland - Türkei im Juni 2008.
Selbstverständlich soll nicht nur einseitig auf Dynamo Dresden geschaut werden. Auch an vielen anderen Orten gab es bereits Probleme, z.B. mit dem Sicherheitsdienst, genannt sei hier nur die TU Dresden. Alle Vereine und Veranstalter von großen Events müssen in die Pflicht genommen werden, rechtes Gedankengut auf ihren Veranstaltungen zu ächten.

Wir werden uns dafür einsetzen, die Ausgaben bezüglich der Sicherheitsdienste vor diesem Hintergrund zu überprüfen.

**Immer und immer wieder: Kritische Auseinandersetzung mit dem Gedenkdiskurs!**

Betrachtet man den Hintergrund auf dem die Aktivität der Nazis fußt, kommt man an einer Debatte nicht vorbei: Dem 13. Februar 1945 und dem damit verbundenen Gedenkdiskurs. An diesem Tag wurde die Stadt von der Royal Air Force bombardiert. Rechte Gruppen versuchen diesen Tag für sich zu vereinnahmen und sprechen vom "Bombenterror", der über Dresden als unschuldige Stadt herein brach.
Die Stadt Dresden hat sich dem bisher nur ungenügend gestellt. Die seit einigen Jahren veranstaltete Menschenkette wurde als Mittel gegen „extremistische Vereinnahmung“ des 13.02. initiiert und war damit auch explizit gegen jene gerichtet, die sich den jährlichen Naziaufmärschen auf der Straße entgegengestellt haben, allen voran das Bündnis Dresden Nazifrei. Inzwischen bewegt sie sich inhaltlich diffus zwischen einem Symbol gegen Nazis und einer Gedenk-Großveranstaltung.

Noch immer gibt es auch die offiziellen städtischen Gedenkveranstaltungen auf dem Heidefriedhof, wo durch die Architektur des dortigen Stelenfelds Dresden relativierend in eine Reihe mit den Orten deutscher Bombenangriffe wie Coventry oder Guernica oder gar deutschen Konzentrationslagern wie Auschwitz gesetzt wird. Dass sich an den dortigen Gedenkveranstaltungen Nazis beteiligen, kann da kaum überraschen. Demgegenüber stehen Initiativen wie der vom Bündnis Dresden Nazifrei organisierte Täterspurenmahngang, der die Verwicklungen Dresdens im Nationalsozialismus klar aufzeigt.

Dieses Jahr wurde die mangelnde Fähigkeit der Stadt, auf die Naziaufmärsche im Februar zu reagieren, besonders deutlich. Durch die Hinhaltetaktik von Polizei und Behörden war es etwa 500 Nazis möglich, am Vorabend des 13.02. ihren gewünschten Fackelmarsch gegen circa 1000 Gegendemonstranten durchzusetzen.
Wir sagen aber: es ist egal, ob Nazis am 13. Februar oder „nur“ irgendeinem anderen Tag im Jahr marschieren wollen. Naziaufmärsche fordern immer eine klare Reaktion!
Dass die Stadt mit ihrer Strategie gescheitert ist, zeigt sich gerade daran, dass die Nazis am 13. Februar keine eigene Großdemo veranstalteten, sondern stattdessen einfach in großer Zahl an der Veranstaltung auf dem Heidefriedhof und nachweislich auch an der Menschenkette teilnahmen.
Statt das Naziproblem in Dresden zu verschleiern muss die Stadt sich klar bekennen und Gegenaktionen gegen Naziveranstaltungen auch aktiv unterstützen. Wir Jusos stehen dabei fest an der Seite zivilgesellschaftlicher Initiativen und Bündnisse und erkennen Blockaden als legitimes Mittel gegen Naziaufmärsche an.
Wir fordern auch weiterhin eine kritische Auseinandersetzung der Stadt Dresden mit ihrer Geschichte. Dazu muss die Stadt endlich einen Dialog mit dem Bündnis Dresden Nazifrei aufnehmen.

**Nachwuchswerbung für Nazis? Nein, danke!**

In Sachsen wurden die Gelder für die Jugendhilfe massiv gekürzt. Dies hat die Folge, dass Jugendzentren nur noch begrenzt geöffnet sind oder sogar geschlossen werden müssen und die Jugendlichen andere Beschäftigungsmöglichkeiten suchen.

Diese Lücke wird nicht selten von Nazis genutzt, die den Jugendlichen Möglichkeiten geben, sich zu treffen und sich so in ihren Kreisen zu organisieren. NPD und Freie Kräfte nutzen diese oft auch als Nachwuchswerbung. Dies ist vor allem auch in vielen als 'Problemviertel' bezeichneten Stadtteilen der Fall, in der das Quartiersmanagement oft die Aufgabe übernimmt, für einen lebenswerten Stadtteil zu sorgen.
Auch ist in diesen Stadtteilen das soziale Gefälle zu den anderen Stadtteilen zu erkennen, dies würde durch eine andere Stadtteilentwicklungspolitik, in der die Viertel für alle Menschen attraktiv gemacht werden und dieses Gefälle eben nicht mehr existiert, auffangen und die Nachwuchswerbung der Nazis etwas schwächen.
Wir fordern eine Erhöhung der Jugendhilfepauschale im Haushalt der Stadt Dresden zur Erhaltung der Jugendzentren, sowie eine Stadtentwicklungspolitik, die die sogenannten 'Problemviertel' nicht mehr zurücklässt, sondern auch da lebendige Jugendarbeit gewährleistet und Räume schafft, in denen sich Jugendliche treffen können.

## “Wieso darf ich hier nicht grillen?” – Platz für mehr Beteiligung und eine Moderne Verwaltung

Unser Ziel ist eine Stadt die ihren BürgerInnen offen gegenübersteht, deren Anliegen hört und aufnimmt.

Dies ist nicht allein über den Stadtrat und die Gremien in den Stadtteilen zu erreichen. Die repräsentative Vertretung der BürgerInnen muss verbunden sein mit Formen unmittelbarer Mitwirkung.

Der Umgang mit der Stadtverwaltung und ihren Entscheidungen wird oft als kompliziert wahrgenommen. Viele fühlen sich überfordert mit ungenauen Formularen, schwer verständlichen Bescheiden und mangelhaften Informationen. Um diesen Zustand zu überwinden wollen wir ihr Selbstverständnis neu definieren. Stadtverwaltung ist nicht Selbstzweck sondern Dienstleister, BürgerInnen sind nicht Bittsteller sondern Kunden.

### Direkte Mitsprache ermöglichen

Für diesen Wandel ist es notwendig umfassende Beteiligungsmöglichkeiten in allen kommunalpolitischen Bereichen zu schaffen und die entsprechenden Entscheidungsprozesse umfassend offen zu legen. Nur so können Bedürfnisse erkannt, Forderungen frühzeitig formuliert und Entscheidungen sowie deren Durchsetzung kontrolliert werden. Wir Jusos Dresden fordern daher ein System zur internetbasierten BürgerInnenbeteiligung vollumfänglich zu etablieren. Bereits bestehende Informations- und Beteiligungsplattformen sollen hierin implementiert und ausgebaut werden. Insbesondere Open Data wird dabei zukünftig eine große Rolle spielen.

### Das Viertel entscheidet

Aber auch die klassischen Vertretungsgremien könnten noch demokratischer sein: Wir sprechen uns dafür aus, dass die Ortsbeiräte in den Stadtteilen in Zukunft direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt werden, ein eigenes Budget haben und nicht

mehr nur rein beratenden Charakter haben. Dadurch werden Bedeutung und Legitimation dieser Stadtteilgremien gestärkt, Entscheidungen sind so näher an den BürgerInnen. Dazu fordern wir, dass die beschlossene stadtweite Einführung der Ortschaftsverfassung schnellstmöglich umgesetzt wird.

### Ehrenamt maßgerecht

Um ehrenamtliches Engagement zu stärken und Menschen in diesem Bereich eine schnellere Orientierung zu geben, wollen wir eine Ehrenamts-Datenbank aufbauen, mit deren Hilfe Interessierte entsprechend ihrer Zeitbudgets, räumlichen Beschränkungen und inhaltlichen Interessen konkrete Ehrenamtsangebote von Vereinen, Verbänden und Initiativen in Dresden abrufen können.

### Verwaltung modernisieren

Auch innerhalb der Dresdner Stadtverwaltung muss sich einiges ändern: Wir wollen, dass vermehrt Methoden des Qualitätsmanagements für den öffentlichen Sektor in der Verwaltung eingeführt werden, damit diese zu einem echten Dienstleister für die Menschen in Dresden wird. Zudem wollen wir auch den Anteil von Frauen in den Leitungspositionen der Stadt deutlich erhöhen. Im Moment ist kein einziger der Fachbürgermeisterposten mit einer Frau besetzt und nur 30% der Amtsleiterinnen und Amtsleiter sind weiblich. Hierzu wollen wir die Gleichstellungskompetenz von Führungskräften sowie die Transparenz bei der Besetzung von Spitzenpositionen zu erhöhen. Ziel ist es, dass 50% der Amtsleiterinnen und Amtsleiter Frauen sind.
Auch als Ausbildungsstelle und Arbeitgeberin gibt es noch Nachholbedarf. Wir fordern die unbefristete Übernahme aller Azubis in ihren erlernten Berufen sowie die Verbesserung der Ausbildungsqualität insgesamt. Gute Ausbildung ist nicht “nice to have” sondern gehört zu den Kernaufgaben einer modernen Stadtverwaltung.

## Vielfältig, bunt und bezahlbar – In Dresden ist Platz für alle!

Dresden ist eine wachsende Stadt. Der Zuzug gerade vieler junger Menschen aus unterschiedlichsten Teilen Sachsens, Deutschlands und der Welt sorgt dafür, dass Dresden eine attraktive Stadt mit Zukunft ist. Dieses Wachstum birgt aber Schattenseiten, die heute schon zu spüren sind, aber in Zukunft noch bedrohlicher werden. Der Mangel an bezahlbaren Wohnraum, eine zunehmende soziale Spaltung der Stadt und das Verschwinden kultureller bzw. alternativer Freiräume sind da nur einige Beispiele.

Wir wollen ein Dresden, das geprägt ist durch die Vielfalt und die Verschiedenheit der Menschen, die in ihr wohnen und arbeiten. Eine ausgewogene Mischung zwischen den verschiedenen Einkommensgruppen, unterschiedlichen sozialen und kulturellen Hintergründen und den persönlichen Lebensentwürfen der Menschen ist unser Ziel. Eine Stadt ist nicht nur ein bloßer Wohnort, sondern der zentrale Platz, an dem sich Menschen persönlich einbringen und verwirklichen können.

## Freiräume erhalten

Dresden ist eine Stadt, die sich heute noch durch zahlreiche Freiflächen und Entwicklungsgebiete auszeichnet. Dies bietet große Potenziale, um die sich anbahnende Wohnungsnot durch Neubau zu lindern und die Stadt weiter zu entwickeln. Zugleich verschwinden dadurch aber auch durch Kulturschaffende genutzte Räume, die aber unverzichtbar für die kulturelle Vielfalt Dresdens sind. Diesen Wert muss die Stadtverwaltung endlich erkennen und in Zusammenarbeit mit den Nutzern der Freiräume gleichwertige und bezahlbare Alternativen suchen oder bestehende schützen. Dies kann z.B. durch den Aufkauf bedrohter Objekte und die preisgünstige Vermietung an Kulturschaffende geschehen.

## Der Markt regelt nicht alles – Wohnen muss bezahlbar sein!

Gerade viele junge Dresdnerinnen und Dresdner spüren die rasante Entwicklung der Mietpreise und haben es immer schwerer eine bezahlbare Wohnung zu finden. Im Hinblick darauf war es ein großer Fehler der damaligen Stadtratsmehrheit von CDU, FDP und Teilen der PDS die städtische Wohnungsbaugesellschaft WOBA mit ihren etwa 40.000 Wohnungen zu verkaufen. Damit hat die Stadt eine wesentliche Stellschraube zur Linderung es Wohnungsmangels in die Hand eines privaten Kapitalunternehmens gegeben. Wir wollen diesen Fehler rückgängig machen und streben die Neuschaffung eines städtischen Wohnungsbauunternehmens an, welches langfristig auch wieder einen relevanten Einfluss auf den Wohnungsmarkt Dresdens ausübt und neuen Wohnraum schafft. Diese Rolle könnte z.B. die städtische Entwicklungsgesellschaft STESAD übernehmen.

## Attraktive Innenstadt und gestärkte Stadtteile

Daneben muss die Stadt durch Auflagen beim Verkauf städtischer Grundstücke und die Förderung von Wohnungsbaugenossenschaften bzw. Bauherrengemeinschaften den Geschosswohnungsbau gezielt antreiben. An dieser Stelle bleibt für uns aber maßgeblich, dass wir die Entwicklung des Stadtzentrums bzw. zentrumsnaher Wohnquartiere dem Bau auf der „Grünen Wiese“ klar vorziehen. Wir setzen uns für eine attraktive Innenstadt und lebendige Ortsteilzentren ein und lehnen daher auch autofixierte und den Einzelhandel in den Stadtteilen bedrohende Planungen wie GLOBUS ab. In den Stadtteilen wollen wir zudem weitere Stellen im Quartiersmanagement schaffen, um Vereine, Initiativen und BewohnerInnen noch besser untereinander zu vernetzen.

## Wohnraum für Studierende und Azubis schaffen

Dresden ist mit über 40.000 Studierenden und als Zentrum der beruflichen Ausbildung der Region Anziehungspunkt zahlreicher junger Menschen, die hier auch Wohnraum suchen. Um diesen Bedarf wirklich adäquat abzudecken ist es nötig, dass u.a. auch die Neuschaffung von spezifisch studentischem Wohnraum angegangen wird. Der Freistaat Sachsen muss in die Verantwortung genommen werden, um die finanzielle Ausstattung der zuständigen Studentenwerke zu verbessern, damit diese neuen Wohnangebote für Studierende geschaffen werden können.

Auch die Gründung einer städtischen Beratungs- und Betreuungsstelle für Jugendliche in Ausbildung zur Gründung von Wohnungsgemeinschaften und die Schaffung eines städtischen, subventionierten Ausbildungswohnheims sind Möglichkeiten die Wohnungssituation für junge Menschen zu verbessern.

## Platz für Bus, Bahn und Rad - Verkehrspolitik anders denken!

Eine Halbmillionenstadt wie Dresden ist angewiesen auf eine moderne und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur. Im Bereich des Autoverkehrs wurde dieser Anspruch bereits vor geraumer Zeit erfüllt. In kaum einer deutschen Großstadt kommt man mit dem Auto so zügig voran und auch das Hauptstraßennetz Dresdens befindet sich bis auf wenige Ausnahmen in einem guten oder zumindest akzeptablen Zustand. Trotz deutlich gestiegener Einwohnerzahl stagniert der Autoverkehr seit über 10 Jahren und geht mittlerweile sogar leicht zurück. Gerade deswegen muss der Fokus in den kommenden fünf Jahren auf den Ausbau von Bus bzw. Bahn, den Fahrradverkehr und die Bestandserhaltung gelegt werden. Es besteht die Chance Dresden zu einer Vorzeigestadt in Sachsen Verkehrspolitik zu machen, in der der Umweltverbund (Nahverkehr, Fahrrad- und Fußverkehr) einen deutschlandweiten Spitzenwert erreicht. Eine weitere Entlastung der Innenstadt vom Autoverkehr (z.B. durch Sperrung der ohnehin eher unbedeutenden Augustusbrücke) wäre hierzu ein wichtiger Schritt.

### Straßenbahn ausbauen und Takte verdichten

Dresden besitzt schon seit über einhundert Jahren ein leistungsfähiges Straßenbahnsystem, welches das Rückgrat des Öffentlichen Personennahverkehrs darstellt. In den vergangenen Jahren wurde in diesem Bereich viel Geld investiert, doch kam dabei der Neubau von Strecken zu kurz: Buslinien wie die 61 oder 62 stehen an der absoluten Belastungsgrenzen und sollten in den kommenden Jahren mittels des Zukunftsprojekts „Stadtbahn 2020“ schrittweise auf Straßenbahn umgestellt werden. Dadurch wird der Öffentliche Verkehr nicht nur attraktiver und wirtschaftlicher, sondern insbesondere für junge Menschen wichtige Einrichtungen wie TU Dresden werden besser erreichbar.
Zugleich muss auch überprüft werden, ob die derzeitige Taktung der zentralen Straßenbahn- bzw. Buslinien noch zeitgemäß ist und ob nicht Verdichtungen zur Attraktivitätssteigerung sinnvoll wären. Auch für eine weitere Beschleunigung des Bus- und Bahnverkehrs und den Ausbau des Nachtverkehrs (durchgehender 30-Minutentakt Freitag- und Samstagnacht) wollen wir uns einsetzen.

### FahrradfahrerInnen endlich ernstnehmen

Trotz des mittlerweile auf 17 Prozent gestiegenen Anteils des Fahrradverkehrs am Dresdner Gesamtverkehrsaufkommen wird dieser immer noch stiefmütterlich behandelt. Bei manchen Bauvorhaben werden Radfahrerinnen und Radfahrer immer noch vollkommen ignoriert und auch die in den letzten Jahren gebauten Radverkehrsanlagen können vielfach nicht wirklich überzeugen. Fahrräder gehören nicht auf enge Fußwege gezwängt, sondern sollten im normalen Verkehr mitfließen bzw. im Hauptstraßennetz auf ausreichend dimensionierten Radspuren fahren. Insbesondere die stark frequentierten Strecken, wie bspw. die Route Neustadt –

Universität, sollten durchgängig gebaut bzw. ausgebaut werden. Die Vorteile des Elberadwegs als schnelle und autofreie Radverkehrsmagistrale wollen wir durch eine verbesserte Anbindung an die Elbbrücken und einen abschnittsweise Verbreiterung weiter ausbauen.

Ein weiteres Ärgernis stellen in Dresden die fehlenden Abstellmöglichkeiten für Fahrräder dar. Gerade am Hauptbahnhof und am Bahnhof Neustadt, aber auch im normalen Straßennetz müssen zusätzliche Fahrradbügel oder im Einzelfall sogar Fahrradparkhäuser (wie sie es z.B. in Münster gibt) geschaffen werden.
Nicht zuletzt sollte von Seiten der Stadtverwaltung mehr darauf geachtet werden, dass das Fahrrad kein Schönwetter-Verkehrsmittel ist, sondern von vielen Menschen mittlerweile ganzjährig genutzt wird. Dazu gehört, dass in Zukunft zumindest Hauptrouten wie der Elberadweg, die Verbindung von der Neustadt zur Uni und die Ost-West-Route über Postplatz und Pirnaischen Platz auch im Winter geräumt werden.

**Mobilität muss bezahlbar sein!**

Ein Haupthindernis für die Mobilität junger Menschen stellen die damit einhergehenden finanziellen Belastungen dar. Daher setzen wir uns für den Erhalt des sachsenweiten Semestertickets ein und fordern die Stadt Dresden auf, ihren Einfluss auf den Verkehrsverbund Oberelbe (VVO) als Verhandlungspartner dahingehend positiv zu nutzen. Aber auch im Hinblick auf die normale Preisentwicklung ist die Schmerzgrenze für viele junge Leute erreicht. Die Stadt Dresden sollte in der Verbandsversammlung des VVO in Zukunft auf sinkende, aber mindestens stabil bleibende Preise drängen. Auch setzen wir uns für den Ausbau des Sozialtickets ein und fordern, dass Mobilität für SchülerInnen und Azubis z.B. mittels eines nochmal ermäßigten Schülerticket vergünstigt wird.

A2

AntragstellerIn: Henriette Winkler

# Nachhaltiges Bewusstsein schaffen: Für die Nutzung von Recyclingpapier!

Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen und an die Landesdelegiertenkonferenz (LDK) der Jusos Sachsen weiterleiten:

Die Jusos Dresden und die dafür Verantwortliche*n der Landesgeschäftsstelle verwenden in Zukunft auf unseren Vollversammlungen und Landesdelegiertenkonferenzen für alle Drucksachen (d.h. Antragsbücher und Änderungsanträge, Einladungen, etc. pp) Recycling-Papier. Beim Einkauf des Papiers soll vorzugsweise auf das Siegel des „Blauen Engels“ geachtet werden.

Begründung:

*Was versteht man unter Recyclingpapier?*

Recyclingpapier besteht aus wieder verwertetem Altpapier, Pappe sowie Karton. Der Herstellungsprozess verläuft ähnlich wie bei Frischfaserpapier (also das uns bekannte normale Papier), allerdings ist der Herstellungsprozess natürlich um den Recyclingprozess ergänzt: Zuerst wird das Papier in seine einzelnen Papierfasern zerlegt, wodurch ein dünnflüssiger Brei entsteht, dieses Verfahren nennt sich Wiederaufschlämmung oder Resuspension. Danach kommt der Reinigungsvorgang, um nichtfaserige Fremdkörper zu entfernen, häufig passiert dies unter dem Einsatz chemischer Reinigungsmittel. Zu guter Letzt wird der fertige Faserstoff zu einem neuen Papiererzeugnis gefertigt, entweder durch Mischen mit Primärfasern von Bäumen in unterschiedlichen Proportionen oder durch Erzeugen von 99%-igem Recyclingpapier. Der letzte Schritt wird vor allem verwendet, um Qualität und Reißfestigkeit des Papiers zu steigern. In Deutschland erhält ein Papiererzeugnis, welches aus 100% Altpapier besteht (bei Fertigprodukten mit einer Toleranz von 5%) das Umweltzeichen des „Blauen Engel“.

*Was ist der „Blaue Engel“?*

Das Umweltzeichen „Der Blaue Engel“ wird seit 1978 für besonders umweltschonende Produkte und Dienstleistungen vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vergeben. Es soll dort, wo herkömmliche Produkte die Umwelt belasten, umweltfreundliche Alternativen sichtbar machen und aufzeigen. Dabei ist dieses Siegel kein Unbedenklichkeitszeichen, stellt jedoch in der jeweiligen Produktgruppe das „geringste Übel“ in puncto Umweltbelastung dar. Das Motto lautet: so wenig wie möglich, so viel wie nötig. Es ist auch kein Gütesiegel, sondern steht nur für eine gewisse Eigenschaft, im Fall von Papier eben für „weil aus 100% Altpapier“.

*Warum brauchen wir das? Wieviel Papier verbrauchen wir überhaupt durchschnittlich?*

In unserer politischen Arbeit benötigen wir an mindestens drei unterschiedlichen Tagen im Jahr sehr viel Papier: auf Vollversammlungen und Landesdelegiertenkonferenzen. Dieses wird oft auch doppelseitig bedruckt, allerdings handelt es sich bei den Jusos Sachsen und den Jusos Dresden um Frischfaserpapier. Nach den Versammlungen und Konferenzen landet es meist im Papierkorb, da alle Beschlussbücher im Internet abrufbar sind.

Betrachtet man den Papierverbrauch im Alltag, so hat sich dieser in Deutschland seit 1950 um mehr als verzwölffacht. Jede*r Bundesbürger*in verwendet durchschnittlich 250 kg Papier pro Jahr, das entspricht in etwa der Papiermenge eines Harry-Potter Bandes pro Tag. Da bei der Herstellung von Papier neben Holz noch eine Vielzahl weiterer Ressourcen benötigt werden (z.B. Wasser und Energie), wird eines deutlich: der Verbrauch von Papier hat ökologische Auswirkungen. Daher bedarf es Maßnahmen, die Umweltauswirkungen zu minimieren und die Ressourcen zu schonen.

Für die Verwendung von Recyclingpapier sprechen auch die Zahlen: z.B. werden für 500 Blatt Din A4 (entspricht bspw. ca. 6 Antragsbüchern zur LDK) 2,8 kg Altpapier verwendet, wohingegen 7,5 kg Holz bei Frischfaserpapier notwendig wären. Der Wasserverbrauch beträgt 51,1 l für unsere ca. 6 LDK-Antragsbücher in Recycling-Papier, wobei 130,2 l Wasser in Frischfaserpapierherstellung investiert werden müssten. Etwas abstrakter, aber durchaus vorzeigbar für die ca. 6 LDK-Antragsbücher auf Recyclingpapier der Gesamtenergie-Verbauch von 10,5 kWh, wobei beim Normalpapier 26, 8 kWh veranschlagt werden müssten.
Diese und weitere Zahlen sind beispielgebend für die bevorzugte Verwendung von Recyclingpapier. Es schont die Wälder und spart Wasser und Energie.

Auch technisch bewährt sich Recyclingpapier: Lebensdauern von Kopierern und Druckern, sowie Wartungskosten und Serviceintervalle ändern sich nicht, genauso wie die Staubbildung die beim Drucken und Kopieren durch Papier mit unsauberen Kanten entsteht. Es ist archivierbar und urkundentauglich und erfüllt alle Normen für Büropapier. Auch die Kosten sind bei Großeinkäufen Papier um 10-15% günstiger.

A3

AntragsstellerIn: Stefan Engel

# Gründung einer sächsischen Arbeitskammer

Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen und an die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen mit dem Ziel der Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag weiterleiten:

Schon seit mittlerweile fast zwei Jahrzehnten hat sich in Deutschland auf dem Arbeitsmarkt, aber auch in der gesamtgesellschaftlichen Diskussion über wirtschafts- und sozialpolitische Fragen ein Übergewicht der ArbeitgeberInnen-Interessen herauskristallisiert. ArbeitnehmerInnen fällt es tendenziell immer schwerer ihre Interessen wirksam zu vertreten bzw. vertreten zu lassen, da zum einen der gewerkschaftliche Organisationsgrad in vielen Bereichen zu wünschen übrig lässt und zum anderen das wirtschaftsliberale Paradigma in der öffentlichen Diskussion vielfach die Oberhand gewonnen hat. Auch fehlt es den ArbeitnehmerInnen an einer wirklich wirksamen Vertretung im außertariflichen Raum, wie es die Unternehmensverbände mit den Industrie- und Handelskammern besitzen.

## Arbeitskammer als Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen

An dieser Stelle sprechen wir uns für die Einführung einer sächsischen Arbeitskammer als Körperschaft öffentlichen Rechts aus. Dieses Instrument gibt es in ganz ähnlicher Form bereits in den Bundesländern Bremen bzw. Saarland, in Österreich und in Luxemburg. Mit dieser Institution wollen wir eine Stelle schaffen, die die Interessen ihrer Mitglieder, den sächsischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, wirksam nach außen vertritt. Die Kammer sollte das Recht besitzen, durch Berichte in regelmäßigen Abständen die Landesregierung über die wirtschaftliche und soziale Lage der Kammerzugehörigen zu unterrichten. Zudem muss sie ein Anhörungsrecht bei Gesetzesentwürfen haben, die Belange der Beschäftigten tangieren. Nicht zuletzt sollte die Kammer wirksame Politikberatung durch wissenschaftliche Arbeit leisten, Gutachten erstellen und als Initiator von Diskussionsveranstaltungen mit EntscheidungsträgerInnen fungieren. Aber natürlich sollte eine solche Kammer auch Dienstleister für ihre Mitgliedschaft sein: Die kostenlose Beratung in den Bereichen des Arbeits- Sozial und Steuerrechts und die Förderung der beruflichen, politischen und allgemeinen Bildung (z.B. durch eigene Bildungszentren und Akademien) sind Aspekte, denen sich z.B. auch die Arbeitskammer in Bremen widmet.

## Struktur und Finanzierung einer Arbeitskammer

Strukturell gesehen ist zur Gründung einer Arbeitskammer ein Kammergesetz notwendig, wie es z.B. im Saarland und Bremen auch existiert. Die Finanzierung könnte analog dazu über Pflichtbeiträge (in beiden Ländern 0,15%) funktionieren, die von allen in Sachsen Beschäftigten vom Bruttolohn eingezogen werden. Um eine wirklich demokratische Legitimation der Struktur sicherzustellen, sprechen wir uns nach Bremer Vorbild für eine Urwahl der Selbstverwaltung aus.

## Die Arbeitskammer als enger Partner der Gewerkschaften

Vielfach wird angemerkt, dass die Schaffung einer Arbeitskammer die Gewerkschaften in ihrer Position bedrohen würde. Auch im Hinblick auf die Erfahrungen mit bestehenden Vertretungskörperschaften ist das glatte Gegenteil der Fall. Arbeitskammern haben mit der Tarifpolitik nichts zu tun und Gewerkschaften und Kammern schaffen in der Regel eine sehr gute Abgrenzung ihrer Aufgaben und ergänzen sich in der Summe sehr gut. Auch ist zu erwarten, dass insbesondere die DGB-Gewerkschaften einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Ausrichtung die Selbstverwaltung der Kammern haben werden und es dadurch möglich wird, gewerkschaftliche Vorstellungen noch mehr als bisher in die gesellschaftliche Breite zu tragen.

## Arbeitskammer als sozialdemokratisches Projekt

Auch historisch gesehen ist die Forderung nach der Schaffung einer Arbeitskammer ein zutiefst sozialdemokratisches Projekt. Schon 1877 forderte die Bremer Sozialdemokratie eine solche und diese wurde schließlich auch 1920 unter SPD-Führung als Angestellten- bzw. Arbeiterkammer in die Realität umgesetzt. Wir als SPD wollen die Diskussion über die Schaffung einer solchen Institution wiederbeleben und insbesondere den engen Dialog mit den Gewerkschaften suchen, um eine bestmögliche Ausgestaltung und Struktur sicherzustellen.

A4

AntragsstellerIn: Felix Göhler

# Mit Krieg spielt man nicht! - Militär raus aus den Schulen

Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen und an die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen und den Landesparteitag der SPD Sachsen weiterleiten:

Die Jusos Dresden fordern:

- die 2010 geschlossene Kooperationsvereinbarung zwischen dem Sächsischen Kultusministerium und der Bundeswehr aufzulösen.
- ein vollkommenes Betätigungsverbot militärischer Organisationen innerhalb und im Umfeld von öffentlichen Bildungseinrichtungen im Freistaat Sachsen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

A5

AntragsstellerIn: Stefan Engel

## Der Mindestlohn darf kein Schweizer Käse werden!

Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen und an den Unterbezirksvorstand der SPD Dresden und die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen weiterleiten:

Wir fordern die Dresdner SPD auf, offensiv und öffentlich gegen die geplanten Ausnahmeregelungen für junge Menschen und Langzeitarbeitslose beim Mindestlohn Stellung zu beziehen. Die bisher geplante Vorgehensweise geht auf Kosten der jungen Generation und benachteiligt die Schwächsten in unserer Gesellschaft.

Mit der Ausnahmeregelung für Langzeitarbeitslose wird der Fehler aus der Einführung der Leiharbeit wiederholt. Es ist zu befürchten, dass die ArbeitgeberInnen die sechsmonatige Befreiung vom Mindestlohn dafür nutzen werden, betroffene ArbeitnehmerInnen danach wieder zu entlassen und ggf. neue vom Mindestlohn befreite Langzeitarbeitslose einzustellen. Ein echter Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt rückt dadurch für viele Betroffene in weite Ferne.

Es lässt dich zudem auch nicht vermitteln, warum gerade für junge Menschen unter 18 Jahren der Mindestlohn nicht gelten soll. Warum ist ihre Arbeit, sofern diese sich nicht in einem Ausbildungsverhältnis stattfindet, weniger wert als die eines jungen Menschen über 18 Jahre? Pauschale Altersgrenzen öffnen dem Lohndumping Tür und Tor.

Es sei an dieser Stelle auch daran erinnert, dass der flächendeckende und gesetzliche Mindestlohn die zentralste Wahlkampfforderung der SPD war. Natürlich lebt eine Koalition von Kompromissen, doch ist kaum ersichtlich, warum wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gerade in diesem wichtigen Punkt nachgeben sollten. Im Zuge des Mitgliederentscheids wurde mit einem einen flächendeckenden (!) und, gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro um Zustimmung geworben. Dieser Zusage müssen jetzt auch Taten folgen.

A6

AntragsstellerIn: Henriette Winkler

# Feminismus ist kein Feigenblatt: Geschlechterplena auf Landesverbandsveranstaltungen!

Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen und an die Landesdelegiertenkonferenz (LDK) der Jusos Sachsen weiterleiten:

Auf mindestens zweitägigen Landesverbandsveranstaltungen, wie beim Landesarbeitskreiswochenende, werden auf Wunsch der Mehrheit der Teilnehmer*innen Geschlechterplena angeboten, wobei 50% vom antragsstellenden Geschlecht sein müssen. Diese finden nach Möglichkeit in zwei verschiedenen Räumen statt; für Menschen, die sich nicht den Geschlechtern[1] „männlich“ oder „weiblich“ zuordnen (hier unter dem Begriff queer zusammengefasst), werden nach Möglichkeit weitere Räume angeboten.

<u>Begründung:</u>

Wir als Jusos begreifen uns als feministischer Richtungsverband und fordern die Gleichstellung aller Geschlechter in der Gesellschaft. Dies ist historisch belegbar, da die Arbeiter*innenbewegung und die Frauen*bewegung schon immer eng miteinander verwoben waren. Dies sollte allen Jungsozialist*innen bewusst sein. Dennoch stellen wir fest, dass insbesondere Frauen* bei Veranstaltungen des Landesverbandes unter repräsentiert sind. Auch in der Arbeit vor Ort beobachten wir das oft.

Mit der Quote in Vorständen, sowie Delegationen und quotierten Redelisten schaffen wir Räume für Frauen*, um zu Wort zu kommen, sich einzubringen, sich zu engagieren. Wir schaffen damit Möglichkeiten, nicht jede Debatte wie eine Stammtischdiskussion alter, weißer Männer aussehen zu lassen, sondern sie weitestgehend fair und für alle Menschen erträglich zu führen. Die Diskussionskultur ist nachgewiesener Maßen besser als in rein männlich besetzten Runden. Jedoch sollte das nicht als das Mittel verstanden werden, um mehr Frauen* für die politische Arbeit zu begeistern. Auch ist es kein Grund, um sich auszuruhen und zu sagen: „Jetzt hamwa ja ne Quote, das reicht.“

Nein, es reicht eben nicht. Sexistische Verhaltensweisen gibt es nicht nur in der Disco, auf dem Pausenhof und in der Tram: auch bei uns sind diese häufig anzutreffen. Diese manifestieren sich, in dem auf Podien nur Männer reden, weil sie dort eingeladen wurden oder in Diskussionen; wenn man im Ortsverein schräg angeschaut wird, weil man über bestimmte Witze einfach nicht lachen kann; wenn Menschen sich ausgeschlossen fühlen, weil sie bei verschiedenen Runden abends nach Sitzungen nicht mit einbezogen werden. Dies passiert auch bei den Jusos. Vom „Ich mein es ja nicht so.“

[1] Hier als 'gender' zu verstehen, d.h das soziale Geschlecht, nicht immer das, welches Menschen bei der Geburt zugewiesen wurde oder mit dem sie leben möchten.

bis zum „Oh, war die Bemerkung jetzt sexistisch?“ ist es meist ein weiter Weg, der auch von uns beschritten werden muss, denn die Erkenntnis, das Dinge auch bei uns passieren, die manche Menschen verletzen oder erniedrigen, ist oft hart, jedoch sollten wir uns mit dieser Tatsache konfrontieren, um diese aufarbeiten zu können.

Dazu eignen sich Geschlechterplena. Diese dienen dazu, vor allem für Frauen* und queere Menschen, sich kennenzulernen, zu vernetzen und sich auszutauschen in einem Schutzraum, der diese Möglichkeiten schafft, z.B. auch offen über sexistische Erfahrungen reden zu können, die im Verband gemacht wurden. Gerade neue Jusos brauchen oft Menschen, denen sie Erlebnisse mitteilen können, ohne das ein dummer Spruch fällt. Es kann auch dazu dienen, sich über eigene Privilegien[2] klar zu werden, dies würde sich  bspw. für ein Männer*-Plenum anbieten, wobei dort natürlich auch über sexistische Erlebnisse offen gesprochen werden kann.
Eine feste Moderation könnte beispielsweise der Landesvorstand übernehmen, obwohl Moderationen dazu nur bei großen Gruppen Sinn machen. Ebenso wäre es wichtig, dass sich alle Menschen den Plena anschließen.
Zu guter Letzt bleibt noch zu sagen: der Antrag soll keine Kritik an den Landesvorstand und dessen Arbeit darstellen, sondern lediglich als Diskussionsgrundlage und Anregung für eine Vernetzung von Frauen* bei den Jusos Sachsen dienen.

[2] Privileg ist im Sinne des eigenen Komforts gemeint, bestimmte Themen nicht als wichtig zu erachten, weil es den Menschen selbst nicht mehr betrifft.

**A7**

AntragstellerIn: Fabian Wendt

# Europäische Energieunion - für eine europäische Solidargemeinschaft der Energiesicherheit

Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen und an die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen weiterleiten:

Die Bundesregierung muss sich für eine umgehende Reform des EU-Energieaktionsplans einsetzen und die Umsetzung eines verbesserten Aktionsplanes innerhalb der Europäischen Union vorantreiben.

Die Konfliktsituation in der Ukraine hat die Konstruktionsfehler und Implementierungsversäumnisse des vom Europäischen Rat 2007 beschlossenen Energieaktionsplans offenbart und die strategische Bedeutung des Energieträgers Gas für die Versorgungssicherheit Osteuropas unterstrichen.

Zentrale Nachbesserungen und Kernziele einer forcierten Umsetzung müssen daher sein:

- Ein zügiger Ausbau der transeuropäischen Energienetze, die alle osteuropäischen Staaten - auch jene ohne EU-Mitgliedschaftsstatus - miteinbeziehen, um nachfragegerechte Leitungskapazitäten vom Baltikum bis zum Balkan zur Verfügung zu stellen, die auch bei Einspeisungsschocks Versorgungssicherheit für alle osteuropäischen Staaten gewährleisten.
- Der Aufbau eines europaweiten Systems von Lagerstätten und Energiereserven, gerade für den Energieträger Gas.
- Eine solidarische Finanzierung dieser Investitionsmaßnahmen durch alle Mitgliedsstaaten über das Budget der Europäischen Union, damit kleine und wirtschaftlich schwächere, osteuropäische Staaten dieselbe energiepolitische Versorgungssicherheit genießen, wie westeuropäische Mitgliedsstaaten
- Einer schärferen Überwachung des Energiebinnenmarktes, der die Preisdiskriminierung großer Anbieter zwischen den EU Staaten unterbindet
- Eine gemeinsame Energieaußenpolitik, bei der die EU als alleiniger Verhandlungspartner für alle Mitgliedsländer gegenüber Drittstaaten und deren Lieferanten auftritt, um monopolistische Verhandlungsbedingungen zu verhindern und bessere Preise und Lieferbedingungen für alle europäischen Bürgerinnen und Bürger auszuhandeln.“

<u>Begründung:</u>

Die Konfrontation zwischen der westlichen Staatengemeinschaft und Russland in der Ukrainekrise ist ein Wendepunkt in den Beziehungen zwischen Russland und den europäischen Staaten. Mit der Bedeutung Russlands für die Energieversorgung Europas

fordert diese Wende eine grundlegende Überprüfung und Neubewertung der europäischen Energiestrategie.

Dabei wird klar, dass die energiepolitische Schwäche Europas keine grundsätzliche ist, sie liegt in seiner Gespaltenheit in diesem Politikfeld. Auf Kosten der Nachbarn, verfolgt jeder Staat allein seine eigenen Ziele von Versorgungssicherheit und niedrigen Lieferpreisen gegenüber Lieferanten. Große Anbieter können damit gerade kleine und wirtschaftliche Schwache europäische Staaten ausmanövrieren, isolieren und ausbeuten. In diesem abgekarteten Spiel kämpft Nachbar gegen Nachbar und alle verlieren.
Das politische Taktieren um die South-Stream Pipeline in Konkurrenz zur Nabucco-Pipeline illustriert exemplarisch diesen Missstand:
Um Südosteuropa unabhängiger von russischen Gasimprten zu machen unterstützte die Europäische Union in einem von allen Mitgliedsstaaten konsensual getragen Beschluss des Europarates den Bau einer Pipeline vom Kaukasus über die Türkei und den Balkan bis nach Österreich. Ungeachtet ihrer Zustimmung im Europarat umgingen jedoch Ungarn und Italien in bilateralen Verträgen mit Russland diese Gemeinschaftslösung und beteiligten sich am Bau einer konkurrierenden Verbindung aus Russland über das Schwarze Meer - die South-Stream Pipeline. Die Zügige Umsetzung des Baus durch Russland brachte die Wirtschaftlichkeit der Nabucco Pipeline in eine so eklatante Schieflage, dass das Projekt begraben wurde.
Gerade auch Deutschlands Rolle als Vorreiter solcher bilateralen Abkommen, die eine solidarische, gemeinschaftliche Lösung verunmöglichen - etwa durch die Nord Stream Pipeline durch die Ostsee - unterstreicht die Bedeutung eines Umdenkens gerade deutscher Energiepolitik für ein einigeres Europa.

Reiche, westeuropäische und große Länder können sich durch ihren diversifizierten Energiemix vielleicht teilweise wehren und ihr Wohlstand macht es ihnen möglich auch überhöhte Energiekosten zu tragen, doch für osteuropäische, ärmere und kleine Staaten übersetzt sich diese Schwäche in gravierende Nachteile - bis hin zur politischen Abhängigkeit.

Ein progressives Europa kann das nicht tolerieren, sondern zeigt sich solidarisch mit den osteuropäischen Nachbarländern. Dafür muss die Europäische Union ihre im Energieaktionsplan formulierten Ziele und Strategien überdenken und insbesondere bei der Umsetzung der gemeinsamen Ziele deutlich stärkere Anstrengungen unternehmen.

Kern einer Reform muss der Energieträger Gas sein. Mit wesentlich geringeren Kohlendioxid Emissionen gegenüber anderen fossilen Energieträgern und seiner Eignung für Spitzen- wie Regellasteinsatz bei der Stromgestehung ist der Energieträger Gas nicht nur mit den klimapolitschen Zielen Europas kompatibel, sondern eben auch Dreh- und Angelpunkt der Energie- Importabhängigkeit osteuropäischer Staaten. Die Herausforderung des Energieträgers Gas ist dabei seine Leitungsgebundenheit. Hier muss eine Reform des Energieaktionsplans ansetzen:

Nur über einen Ausbau der Leitungsnetze über die Ländergrenzen der einzelnen europäischen Staaten hinweg ist es Mitgliedsstaaten ohne Meereszugang möglich ihre Importe zu diversifizieren und günstigere Angebote, etwa von verflüssigtem

unkonventionellem Erdgas aus Nordamerika bis zu neu erschlossenen Erdgasförderfeldern in der Kaukasus-Zentralasien-Region, in Anspruch zu nehmen. Ebenso können nur moderne, überregionale Leitungsnetze im Falle eines Lieferschocks die Versorgungsrichtung wechseln und somit flächendeckende Versorgungssicherheit bieten.

Der Ausbau und die Modernisierung der europäischen Leitungsinfrastruktur muss solidarisch mit Mitteln der Europäischen Union finanziert werden, damit ärmere Mitgliedsstaaten nicht außen vor gelassen werden. Auch Nachbarstaaten, die noch nicht Mitglied der Europäischen Union sind sollten über eine Integration in das europäische Energiesystem frühzeitig an Europa gebunden und über eine solidarische Energieunion von den Vorteilen der europäischen Gemeinschaft überzeugt werden.

Weiteres Reformziel muss ein einigeres Auftreten gegenüber großen Energieversorgern sein. Das gilt einmal nach innen, wo die Europäische Kartellbehörde schärfer gegen monopolistische Akteure auftreten muss, wie nach außen, wo die Europäische Union als alleiniger Verhandlungspartner für alle Mitgliedsstaaten zu agieren hat.
Die Notwendigkeit dafür machen die eklatanten Preisunterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten deutlich. Große Länder mit vielen Zuliefererstaaten können wesentlich bessere Preise aushandeln, als kleine Länder, die zu nahezu 100% von einem Versorger abhängig sind. Illegale Preisdiskrimierung gegen die Binnenmarktbestimmungen der EU durch komplexe Subunternehmerstrukturen und unverhältnismäßig langfristige Vertragslaufzeiten, ermöglichen Monopolisten darüber hinaus unlautere Möglichkeiten zur Profitmaximierung auf Kosten der europäischen Verbraucher*innen.

Sichere und tragbare Energiepreise sind nicht nur Standortfaktor, gerade für die aufholenden Volkswirtschaften der osteuropäischen Staaten, sondern zentraler Garant für die Kaufkraft und materielle Teilhabe der breiten Bevölkerung dieser Länder.
Aber eine solidarische Energieunion ist weit mehr als Standortpolitik. Der europäische Einigungsprozess begann mit der Union für Kohle und Stahl. Die offenkundigen, konkreten Vorteile einer gemeinschaftlichen Energiepolitik legten die Grundlage für 60 Jahre politischen Einigungsprozess. Die Krise der strategischen Partnerschaft mit Russland fordert Europa heraus. Wieder einmal liegt die Lösung in einer erneuerten Zusammenarbeit und dem Zusammenstehen aller europäischen Nationen, wieder einmal kann die Grundlage für eine vertiefte Integration des Kontinents über eine gemeinsame Energiepolitik gelegt werden. Zeit die politischen Umwälzungen für ein einiges Europa zu verwandeln, Zeit für eine Europäische Energieunion.

A8

AntragsstellerIn: Benjamin Bark

# Befangenheit ernst nehmen, Gemeindeordnung umsetzen

Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen und an die Stadtratsfraktion der SPD-Dresden weiterleiten:

Die Jusos Dresden fordern die Fraktionen im Dresdner Stadtrat dazu auf, den §20 der Sächsischen Gemeindeordnung konsequent umzusetzen und befangene StadträtInnen konsequent von der Beratung der betroffenen Sachverhalte, zumindest in den zuständigen Fachausschüssen, auszuschließen. Zu diesem Zweck fordern wir eine verpflichtende Einführung einer Ehrenordnung für alle Mitglieder des Dresdner Stadtrats.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

§ 20 SächsGemO

Ausschluss wegen Befangenheit
(1) Der ehrenamtlich Tätige darf weder beratend noch entscheidend mitwirken, wenn er in der Angelegenheit bereits in anderer Eigenschaft tätig geworden ist oder wenn die Entscheidung ihm selbst oder folgenden Personen einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann:

1. seinem Ehegatten, Verlobten oder Lebenspartner nach § 1 des Lebenspartnerschaftsgesetzes,
2. einem in gerader Linie oder in Seitenlinie bis zum dritten Grade Verwandten,
3. einem in gerader Linie oder in Seitenlinie bis zum zweiten Grade Verschwägerten oder als verschwägert Geltenden, solange die die Schwägerschaft begründende Ehe oder Lebenspartnerschaft nach § 1 des Lebenspartnerschaftsgesetzes besteht,
4. einer von ihm kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen Person,
5. einer Person oder Gesellschaft, bei der er beschäftigt ist, sofern nicht nach den tatsächlichen Umständen der Beschäftigung anzunehmen ist, dass kein Interessenwiderstreit besteht,
6. einer Gesellschaft, bei der ihm, einer in Nummer 1 genannten Person oder einem Verwandten ersten Grades allein oder gemeinsam mindestens 10 vom Hundert der Anteile gehören,
7.einer juristischen Person des privaten Rechts, in deren Vorstand, Aufsichtsrat, Verwaltungsrat oder
vergleichbarem Organ er tätig ist, oder einer juristischen Person des öffentlichen Rechts, ausgenommen einer Gebietskörperschaft, in deren Organ er tätig ist, sofern er diese Tätigkeit nicht als Vertreter der Gemeinde oder auf deren Vorschlag hin ausübt.

(2) Absatz 1 gilt nicht

1. für Wahlen zu einer ehrenamtlichen Tätigkeit,
2. wenn die Entscheidung nur die gemeinsamen Interessen einer Berufs- oder Bevölkerungsgruppe berührt.

(3) Der ehrenamtlich Tätige, bei dem ein Tatbestand vorliegt, der Befangenheit zur Folge haben kann, hat dies vor Beginn der Beratung dieser Angelegenheit dem Vorsitzenden, sonst dem Bürgermeister mitzuteilen. Ob ein Ausschließungsgrund vorliegt, entscheidet im Zweifelsfall in Abwesenheit des Betroffenen bei Gemeinderäten der Gemeinderat, bei Ortschaftsräten der Ortschaftsrat, bei Mitgliedern von Ausschüssen der Ausschuss, sonst der Bürgermeister.

(4) Wer an der Beratung und Entscheidung wegen Befangenheit nicht mitwirken darf, muss die Sitzung verlassen.
Ist die Sitzung öffentlich, darf er als Zuhörer anwesend bleiben.

(5) Ein Beschluss ist rechtswidrig, wenn bei der Beratung oder Beschlussfassung die Bestimmungen der Absätze 1 oder 4 verletzt worden sind oder wenn jemand ohne einen der Gründe des Absatzes 1 ausgeschlossen worden ist. Der Beschluss gilt jedoch ein Jahr nach der Beschlussfassung oder, wenn eine öffentliche Bekanntmachung erforderlich ist, ein Jahr nach dieser als von Anfang an gültig zustande gekommen. § 4 Abs. 4 Satz 2 Nr. 3 und 4 und Satz 3 gilt entsprechend.

**A9**

AntragsstellerIn: Benjamin Bark

# Eislöwen Dresden vor der Insolvenz bewahren, Eishockey-Standort Dresden erhalten

Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen und an die Stadtratsfraktion der SPD-Dresden weiterleiten:

Die Jusos Dresden setzen sich dafür ein, dass der Stadtrat der Landeshauptstadt sich für eine weitere Unterstützung des Sanierungskonzepts für die Eislöwen Dresden und gegen eine stille Liquidierung der Betriebsgesellschaft ausspricht.

Angesichts der Äußerungen des Vorsitzenden des Stammvereins ESC Dresden e.V., bei einem Wegfall der Eislöwen keinen Spielbetrieb einer 1. Männermannschaft aufrecht erhalten zu können und außerdem auch einen Großteil der eigenen Jugendarbeit einstellen zu müssen sehen wir den Eishockey-Standort insgesamt gefährdet und damit eine Möglichkeit für junge Menschen, sich entsprechend ihren Vorlieben sportlich zu betätigen.

<u>Begründung:</u>

Erfolgt mündlich.